

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung samt Stellenplan 2010

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,
verehrte Gäste,

nach diesem kältesten und schneereichsten Winter seit Jahrzehnten steht uns in Billerbeck das schwierigste Haushaltsjahr aller Zeiten bevor. Hatten wir zum Abschluss des Haushaltsjahres 2008 gedacht, unsere Bemühungen der Konsolidierung der Billerbecker Finanzlage trüge endlich Früchte – zu dem Zeitpunkt war es auch so, immerhin konnten wir mit einem Überschuss abschließen und die Altfehlbeträge abbauen – erwischte uns der Gewerbesteuerereinbruch in 2009 kalt und auch noch doppelt. Da er in der zweiten Jahreshälfte anfiel, werden die Steuermindereinnahmen erst in 2011 unsere Steuerkraft schmälern und für einen größeren Anteil an Zuweisungen des Landes führen. Doch wir können nur auf ein größeres Stück eines kleiner werdenden Kuchens hoffen, denn auch Land und Bund klagen über leere Kassen und Steuerausfälle.

In 2010 wird die Ergebnisrechnung eine Unterdeckung von rund 2,46 Mio. Euro aufweisen. Rein technisch gleichen wir den Haushalt durch den Griff in die Ausgleichsrücklage aus und werden auch formell nicht in die uns bekannte Haushaltssicherung rutschen. Das ändert nichts an der Dramatik unserer Finanzlage. Da hilft es uns auch wenig, dass wir uns in guter Gesellschaft der unter der Finanzlast stöhnenden Kommunen befinden. Da hilft es auch wenig, dass die kamerale Rechnung mit der heutigen Ergebnisrechnung nicht vergleichbar ist.

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen ermittelte in einer Haushaltsumfrage in den NRW-Kommunen im September letzten Jahres, dass sich die Haushaltssituation in den Kommunen in diesem und im folgenden Jahr dramatisch verschlechtert. Nur noch 14 der 359 Mitgliedskommunen melden einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2010.

Schon jetzt befinden sich 59 Kommunen im Haushalts sicherungskonzept. Ein Indiz für die kommunale Finanzmisere ist der rasante Verzehr des Eigenkapitals. Die Ausgleichsrücklage wird nach der jüngsten Umfrage binnen kürzester Zeit in 232 Kommunen vollständig aufgezehrt sein. Zwei Drittel aller Kommunen in NRW werden bis zum Jahre 2013 über keine Ausgleichsrücklage mehr verfügen können.

Auch hier im Kreis Coesfeld nimmt die Finanzlage der meisten Kommunen dramatische Züge an.

Eine anlässlich der Vorbereitung für die Stellungnahme zum Entwurf des Kreishaushaltes 2010 vorgenommene Umfrage unter allen 11 Städten und Gemeinden des Kreises hat ergeben, dass die Gemeinde Ascheberg damit rechnet, den Gesamtergebnisplan 2010, der sämtliche Erträge und Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausweist, mit einem Minus von 2,6 Millionen Euro abzuschließen; die Stadt Coesfeld mit einem Minus von 5,5 Millionen Euro; die Stadt

Dülmen mit einem noch größeren Minus von ca. 15 Millionen Euro; die Gemeinde Havixbeck mit einem Minus von mindestens 2,5 Millionen Euro; die Stadt Lüdinghausen mit einem Minus von 2,9 Mio. Euro, die Gemeinde Nordkirchen mit einem Minus von über 1,8 Millionen Euro; die Gemeinde Nottuln mit einem Minus von ca. 5,5 Millionen Euro; die Stadt Olfen mit einem Minus von 1,4 Millionen Euro; die Gemeinde Rosendahl mit einem Minus von 1,8 Millionen Euro; und die Gemeinde Senden mit einem Minus von 2,4 Millionen Euro werden rechnen müssen.

Diese Minusbeträge in beachtlicher Höhe sind nicht hausgemacht. Ihre Ursachen sind in der Konjunkturkrise zu finden. Die Einnahmeseite ist weggebrochen. Hier insbesondere Gewerbesteuer und Beteiligung an der Einkommenssteuer. Auf der anderen Seite steigt zudem die Ausgabenseite drastisch an. Und das nicht, weil die Kommunen sich Luxusgüter gönnen. Die kommunalen Sozialaufwendungen sind extrem gestiegen und werden angesichts des demographischen Wandels und der gesellschaftlichen Weichenstellungen weiter steigen.

So wollen wir alle, dass Menschen ein angemessenes Dach über dem Kopf haben. Die sog. Kosten für Unterkunft und Heizung bezahlen zum Großteil die Kommunen und das angesichts hoher Bedarfszahlen mit steigender Tendenz. Wir wollen alle den Ausbau der Kinderbetreuung für die jüngeren Kinder. Auch das kostet Geld. Über die Kreisumlage sind wir zudem an weiteren Sozialaufwendungen beteiligt, die der Kreis oder der Landschaftsverband aufbringen müssen.

Gegen diese Ausgabeneinsparungen kann kein Kämmerer ansparen, schon gar nicht in einer Stadt wie Billerbeck, die seit jeher an die Ausgaben die Messlatte der Haushaltssicherung anlegt. So auch in diesem Jahr.

Wir rechnen im Jahr 2010 im Ergebnisplan mit Erträgen von rund 18,6 Mio. Euro und mit Aufwendungen von 21 Mio. Euro. Bei den Erträgen schlagen die Realsteuern mit einem Aufkommen von 4,5 Mio. Euro zu Buche, rund 1,2 Mio. Euro weniger als beim Ansatz 2009. Die Schlüsselzuweisungen steigen um 0,3 Mio. Euro auf 2,1 Mio. Euro in 2010. Deutlich eingebrochen ist hingegen die Beteiligung an der Einkommenssteuer, eine der wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden. Geplant waren in 2009 4,1 Mio. Euro, gezahlt wurden 3,7 Mio. Euro, in 2010 rechnen wir mit 3,48 Mio. Euro. Ein großer Anstieg ist bei Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke zu verzeichnen. Bekanntermaßen sind dies hauptsächlich das Konjunkturpaket II und der Investitionspakt NRW.

Bei den Aufwendungen schlägt nach wie vor die Kreisumlage zu Buche. Obwohl der angekündigte Anstieg deutlich zurückgenommen wurde, zahlt die Stadt Billerbeck trotz der schwierigen Finanzlage insgesamt 6,4 Mio. Euro an den Kreis, das sind 192.000 Euro mehr als in 2009.

Ein weiterer großer Aufwendungsposten sind die Personalaufwendungen, die auch Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen und Kosten für die Altersteilzeit enthalten. Die Personalaufwendungen belaufen sich in 2010 auf 3,63 Mio. Euro, wobei der Mehraufwand zu 2009 im Wesentlichen zu erwartende tarifliche Steigerungen beinhaltet. Durch die Einführung von NKF, durch die eigene Schulküche in der Don-Bosco-Gemeinschaftshauptschule und durch den Ausbau der Jugendarbeit im Bereich der aufsuchenden Arbeit entstanden und entstehen zusätzliche Personalkosten, die bei NKF unvermeidbar und im Bereich Jugend und

Bildung politisch gewollt und wichtig sind. Mittelfristig soll es gelingen, ein bis zwei Stellen durch Aussetzung der Wiederbesetzung abzubauen.

Der Haushalts 2010 wird bestimmt durch eine erhebliche Investitionstätigkeit. Hintergrund ist die Zuwendung im Rahmen des Investitionspaktes für die Don-Bosco-Ganztagshauptschule samt Turnhalle in Höhe von 2,69 Mio. Euro. Durch diese Investition können jährlich erhebliche Einsparungen an Betriebskosten erzielt werden. Darüber hinaus ist der Ausbau der Massonneustraße die zweite große Investitionsmaßnahme. Kosten für die Projekte Innovative Radwege sind ebenfalls eingeplant. Gemeinsam mit den Anliegern wird hier ein wichtiger Sicherheitswert geschaffen. Enthalten sind ebenfalls 40.000 Euro für den Ausbau der U3-Kinderbetreuung. Es ist damit zu rechnen, dass die Träger der Kindertageseinrichtungen Anträge auf zumindest teilweise Übernahme der Eigenanteile zur Schaffung des erforderlichen Raumprogramms stellen. Dieser gesellschaftlichen Aufgabe wird sich die Stadt Billerbeck gemeinsam mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen stellen müssen.

Wenn man nun die investiven Ein- und Auszahlungen gegenüberstellt, ergibt sich vor allem durch die hohen Landesmittel eine Quote von 67,68 Prozent. Um die Investitionen finanzieren zu können, ist eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 1,425 Mio. Euro erforderlich. In den letzten Jahren hat die Stadt Billerbeck ihren Schuldenstand kontinuierlich zurückgefahren. Die Kreditaufnahme ist nur mit dem erforderlichen antizyklischen Verhalten aller Staatsebenen in dieser Wirtschaftskrise zu begründen und außerdem mit der Tatsache, dass durch die Maßnahmen am Gebäude Hauptschule erhebliche Energiesparmaßnahmen erreicht werden können, die Jahr für Jahr unseren Haushalt entlasten.

Für die kommenden Jahre muss allerdings wieder der Schuldenabbau auf der Agenda stehen. Ab 2011 sind Schuldentilgungen eingeplant.

Um die ehrgeizigen Ziele der erneuten Haushaltskonsolidierung zu erreichen, werden wir ab 2011 um eine Erhöhung der Realsteuern nicht mehr herumkommen. Sollte sich die allgemeine Finanzlage in den kommenden Monaten nicht erheblich verbessern, werde ich für das Haushaltsjahr 2011 eine Erhöhung der Steuersätze um 10 Prozent vorschlagen müssen. Die letzte Erhöhung der Steuern stammt aus dem Jahre 2003. Ich weiß, dass ein solcher Vorschlag auf wenig Gegenliebe stoßen wird, werden doch auf Bundesebene genau gegenteilige Versprechungen gemacht.

Doch ich frage mich, wie wir auf kommunaler Ebene die umfangreichen Aufgaben finanzieren sollen, die uns aufgegeben werden. Nicht immer in gesetzlicher Normierung, aber immer öfter mit öffentlichem Druck. Würden wir nicht gerne alle die Kinderbetreuung noch schneller ausbauen? Würden wir nicht gerne kostenfreie Plätze in Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen anbieten? Treten wir nicht alle für kostenlose Mittagessen für alle ein?

Doch die Frage ist, wer all diese Leistungen bezahlt. Bestellt wird immer häufiger auf Landes- oder Bundesebene. Bürgerinnen und Bürger hier vor Ort fordern dann die Leistungen ein. Sie unterscheiden nicht zwischen den einzelnen Ebenen im Staat. Sie wollen im Zweifel die Leistung von uns als Kommune.

Ich könnte hier den Ausspruch „die letzten beißen die Hunde“ bemühen, wenn er nicht schon so abgedroschen wäre. Doch es ist in der Tat so: Der Service wird von

uns gefordert. Sie, sehr geehrte Ratsmitglieder, haben es direkt mit den Bürgern ihres Wahlkreises zu tun, wir ebenfalls mit Bürgern, die an den Staat eine hohe Erwartungshaltung haben. Aber solange wir als Gemeinden nur die Finanzausstattung bekommen, die das Land nach Abrechnung aller eigenen Vorstellungen übrig hat, können wir die Aufgaben nicht entsprechend der Erwartungen erledigen. Hier ist eine klare Aufgabenverteilung und die entsprechende Finanzausstattung nötig.

Daher muss ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wir müssen uns noch genauer überlegen, wofür wir Geld ausgeben. Investitionen müssen sich rechnen. Konsumtive Ausgaben müssen auf das Nötigste begrenzt werden. Wünschenswertes können wir als Kommune nicht finanzieren. Standards, an die Bürgerinnen und Bürger gewohnt sind, müssen auf den Prüfstand. Schwerpunkte zu setzen, mehr Qualität als Quantität, auch in den Bereichen der Grünpflege, muss das Gebot der Stunde sein.

Angesichts des harten Winters werden uns die Ausgaben für Streugut und für die Beseitigung von Streugut zusätzlich treffen. Die Überstunden, die die Bauhofmitarbeiter seit zwei Monaten durch den Winterdienst aufbauen, werden im Laufe des Jahres bei anderen Maßnahmen fehlen.

Ein integriertes Handlungskonzept Innenstadt, das die Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen genauso einschließt wie Maßnahmen von Immobilien und Gestaltung von Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistung, wird von großer Bedeutung sein. Es scheint im Rahmen der Städtebauförderung mit Hilfe des Netzwerkes Innenstadt förderfähig zu sein. Der Förderantrag soll noch in diesem Jahr für das Jahr 2011 auf den Weg gebracht werden, sodass dann entsprechend unserer finanziellen Möglichkeiten und der Bereitschaft der Immobilienbesitzer an diesem Bereich gearbeitet werden kann. Wir müssen trotz knapper Kassen weiter an diesem Thema arbeiten, dessen Grundstock im Bereich von ILEK und LEADER, im Einzelhandelskonzept und in den Aktionen der Billerbecker Geschäftswelt gelegt wurde.

Die Radwege machen ebenfalls einen wichtigen Bereich aus. Obwohl wir hier eine Aufgabe des Landes oder auch des Kreises mit übernehmen, muss die schrittweise Verbesserung der Situation in den Außenbereichen gerade für die Bewohner für uns von großer Bedeutung sein.

Nach den erheblichen Investitionen in die weiterführenden Schulen in Billerbeek wird das nächste zentrale Thema das pädagogische Konzept im Sekundarbereich sein. Möglichst viele Kinder sollen sich im Schulzentrum An der Kolvenburg wohl fühlen und die ihren Fähigkeiten entsprechenden Abschlüsse machen können. Angesichts des demographischen Wandels und der zurückgehenden Schülerzahlen ist hier Zusammenarbeit auf allen Ebenen gefragt.

Für die nächsten Jahre werden wir weitere Investitionsplanungen erheblich zurückfahren müssen. Sicherlich wünschenswerte und bereits im Fachausschuss beschlossene Maßnahmen, wie der Aufzug im Rathaus, müssen zurückgestellt werden. Auch der Ausbau des Lehrschwimmbeckens bleibt vorerst ein Traum. Dafür sollten wir allerdings weiter entsprechend unserer Möglichkeiten die Bereiche Bildung, Jugend und Kultur unterstützen, da jeder Euro, den wir dort nicht ausgeben, obwohl es nötig wäre, uns später teuer zu stehen kommt.

Wir können uns darüber freuen, dass der Finanzmiserere zum Trotz das Engagement der Billerbeckerinnen und Billerbecker ungebrochen ist. Das LEADER-Projekt Berkelspaziergang wird in diesem Jahr endlich umgesetzt. Die Bürgerstiftung Billerbeek steht kurz vor der Gründung. Das Lokale Bündnis für Familie befasst sich mit Fragen rund um die Familienförderung. Der dort geäußerte Wunsch eines öffentlichen Treffpunktes für Jung und Alt, an dem auch Beratungsleistungen abgefragt werden können, ist sicherlich nachvollziehbar. Er kann aber derzeit nur weiter verfolgt werden, wenn sich über Förderprogramme oder ehrenamtliches Engagement entsprechende Türen öffnen.

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder, ich wünsche uns konstruktive Beratungen dieses zweiten Haushaltes nach NKF-Gesichtspunkten. Trotz und gerade wegen der alarmierenden Zahlen müssen wir gemeinsam die positive Entwicklung der Stadt Billerbeek im Auge haben. Wenn allerdings die kommunalen Aufgaben und Finanzen nicht einer grundlegenden Reform unterzogen werden, haben wir auch bei einer schrittweisen Erholung der Konjunktur Schwierigkeiten, den Haushalt zu konsolidieren, da uns die Sozillasten und die Beiträge zu den Umlageverbänden immer weniger Luft zum Gestalten geben. Hier geht mein Appell an unsere Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene.

Einen herzlichen Dank sage ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der NKF-Umstellungsphase Großartiges leisten. Ein besonderes Dankeschön geht an unseren Kämmerer Peter Melzner und sein Team.

Ich sage herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.